Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 50 (1975)

Heft: 5: Sonder-Ausgabe : Pro und Kontra Armee

Artikel: Pro und Kontra Bundesheer

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-704099

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn in Österreich für die Sechsmonatediener der Gewehrgriff abgeschafft wurde (sicher mit Recht, denn dazu ist in sechs Monaten Dienstzeit wirklich keine Zeit), so möchte ich doch auf folgendes hinweisen. Lieber Leser, hast du schon einmal als Kommandant einer Ehrenformation, die keinen Gewehrgriff machte, erlebt, wenn ehemalige Neunmonatediener aus der Bevölkerung heraus johlten und pfiffen, weil die angetretene Ehrenformation keinen Gewehrgriff machte. Wir haben es erlebt. Lieber Leser, hast du schon einmal gesehen, wenn Schützenkompanien aufmarschiert sind oder Formationen der Feuerwehr. Wie sich diese bemühen, strammer als das Militär zu sein, nur um zu zeigen, welcher Geist in ihrer Formation steckt. Machen wir uns doch nichts vor. Der Wille zur Form, der Wille zum strammen, äusseren Auftreten und der Wille zur Disziplin machen den Geist einer Truppe aus. Es ist immer bewiesen, dass stramme und disziplinierte Einheiten bessere Leistungen erbringen als undisziplinierte Einheiten.

Ich weiss, dass unsere progressiven Journalisten sagen: «Aber bitte, wir sind doch nicht mehr im feudalen Barockzeitalter und wo bleibt die menschliche Würde?» Dem kann nur entgegnet werden. Der Soldat ist nicht mehr der des Barockzeitalters, und der hakenknallende Soldat der deutschen Wehrmacht ist auch verschwunden, das bedingt schon die Gummisohle. Je mehr wir aber auf Form und Disziplin verzichten, desto mehr bilden sich in der Armee informale Gruppen, und desto eher laufen wir Gefahr, dass der Asoziale die Oberhand gewinnt und den anständigen Staatsbürger tyrannisiert (will man das?).
Allen Heeresreformern sei jedoch ins Gewissen geschrieben: Bei aller Straffung des Dienstes, bei aller Verbesserung der Ausbildungsmethodik mit gleichzeitiger Aufhebung von Formen, welche die Disziplin untergraben, wird es nie einen Erfolg geben. Wie ja die Gegenwart beweist.

In Österreich

Pro und Kontra Bundesheer

Das österreichische Bundesheer feiert in diesem Jahr seinen 20. Geburtstag. Nachdem das Land durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 seine endgültige Freiheit erhalten hatte, beschloss der Nationalrat am 7. September desselben Jahres das Wehrgesetz. Dieses Datum gilt als der offizielle «Geburtstag» des Bundesheers.
Ein «Pro» und ein «Kontra Bundesheer», bzw. Pro und Kontra Armee gibt es aber nicht erst seit diesem Tag. Während in der Zeit der k. u. k. Armee aber doch die Pro-Stimmen bei weitem überwogen und die Armee und ihre Vertreter, vor allem das Offizierskorps, im allgemeinen hoch im Ansehen standen, hatte sich das Bild nach dem verlorenen Weltkrieg schlagartig geändert: Die heimkehrenden Soldaten wurden vielfach als «Kriegsverlängerer» verleumdet, den Offizieren und Unteroffizieren riss man die Sterne vom Kragenspiegel, die Armee war zum Sündenbock für die Fehler von Staatsmännern und Politikern geworden.
Das Bundesheer der Ersten Republik war von Anfang an «Ein Heer im Schatten der Parteien», wie der Titel eines Werkes des Wiener Zeitgeschichtlers Univ.-Prof. Dr. Ludwig Jedlicke lautet. Und dass das Bundesheer 1934 beim Februar-Aufstand der Sozialdemokraten entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag gegen revoltierende Arbeiter eingesetzt wurde und mit Kanonen auf festungsartig ausgebaute und verteidigte Arbeiterwohnhäuser schoss, hatte zur Folge, dass die traditionell militärfeindliche Einstellung der Sozialisten noch um vieles verstärkt wurde. In Erinnerung an diese Februar-Ereignisse von 1934 gab es noch 21 Jahre später, in der Diskussion um die Aufgabenstellung des neuen Bundesheeres, heisse Debatten, und selbst heute, mehr als 40 Jahre nach den tragischen Ereignissen, wird bei tagespolitischem Bedarf immer noch gerne 1934 als «Argument» verwendet, obwohl die Verhältnisse von damals und heute überhaupt in keiner Weise zu vergleichen sind.

Trauma links — Gleichgültigkeit rechts

Bei der Aufstellung des Bundesheeres im Jahre 1955 bekannten sich zwar ausser den Kommunisten alle politischen Parteien zur Notwendigkeit einer Armee. Man darf aber die vielen Vorbehalte nicht ausser Acht lassen. Da war auf der einen Seite das bereits erwähnte Trauma von 1934 bei den Sozialisten, ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen das Militär. Die Jugendorganisation der SPÖ forderte bereits 1955 eine Beschränkung der Wehrdienstzeit auf vier Monate, ungestörte Nachtruhe für die Soldaten, die Dienstgrade sollten nur als Funktionsbezeichnungen dienen u. a. m. Zwar erhielt sie von der Parteileitung in ihren radikalen Forderungen keine Unterstützung, die Haltung der SPÖ dem Bundesheer gegenüber blieb aber weiterhin das einer «misstrauischen Duldung», wie es einer ihrer prominentesten Journalisten, Dr. Heinz Brantl, 1958 im «Heute» formulierte.
Aber auch die Österreichische Volkspartei, die den Verteidigungsminister stellte, war nur mit halbem Herzen und halber Kraft dabei. Wie die SPÖ, hatte auch sie auf verschiedene Flügel ihrer Partei und ihrer Anhängerschaft Rücksicht zu nehmen. Die Forderungen der Katholischen Jugend und der Österreichischen Hochschülerschaft z. B. deckten sich in vielem mit denen der sozialistischen Jugend. «Es erhob sich also die Frage», schreibt der Militärhistoriker Dr. Allmayer-Beck, in der «Österreichischen militärischen Zeitschrift», Heft 4/1972, «ob sich in diesen Äusserungen von „hüben" und „drüben" nicht so etwas wie eine überparteiliche Haltung abzeichnete, die nach Krieg und Besatzungszeit einfach nicht mehr gewillt war, noch weitere oder, besser gesagt, neue Opfer auf sich zu nehmen.»
Dazu kommt das Erlebnis eines verlorenen Krieges. 800 000 Österreicher waren zur Deutschen Wehrmacht eingezogen worden, 200 000 waren gefallen oder an den Kriegsfolgen gestorben,

117 000 werden noch immer vermisst. «Wenn das alles noch nicht genügt hätte, den Wehrwillen unter den Gefrierpunkt sinken zu lassen, dann hat dies die zehnjährige Besatzung durch die Siegermächte fertiggebracht», schreibt Gdl Anton Leeb, heute Generaltruppeninspektor des Bundesheeres, 1965 in der ÖMZ («Die Wehrpolitik der Zweiten Republik»). Und weiter: «Unsere Befreier liessen es sich angelegen sein, die Österreicher zum Pazifismus zu erziehen! Es war ihnen dabei kein Mittel zu schlecht, um die Leistung des einzelnen Österreichers als Soldat der Deutschen Wehrmacht zu diffamieren und mit den verabscheuungswürdigen Verbrechen des Nazismus in einen Topf zu werfen.» Es ist erstaunlich, dass trotz dieser antimilitaristischen Propaganda ein relativ hohes Mass an Wehrbereitschaft im Volke erhalten blieb. Eine Meinungsumfrage, die das USA-Hauptquartier im April 1948 in der USA-Zone Österreichs durchführen liess, ergab, dass sich in Wien (USA-Sektor) nur 12,9%, in Linz 16,4% und in Salzburg 16,2% gegen eine eventuelle Aufstellung eines Bundesheeres aussprachen.

Frontstellungen Pro und Kontra

Eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Erhaltung des Wehrwillens spielten nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinigungen ehemaliger Soldaten, vor allem der überparteilich organisierte Österreichische Kameradschaftsbund. Er war daher auch immer wieder heftigen Angriffen von seiten der kommunistischen und zeitweise auch der sozialistischen Presse ausgesetzt.

Die ersten Einheiten des Bundesheeres, die im Herbst 1955 in Wien einzogen und vor Bundespräsident General a D Dr. Körner defilierten, wurden viel bejubelt — nach 17 Jahren die ersten Soldaten in österreichischen Uniformen! Aber bald liess das Interesse am Bundesheer nach, bis es anlässlich des Aufstands in Ungarn Ende 1956 zum Grenzschutz eingesetzt wurde. Plötzlich waren die Österreicher wieder froh und glücklich, dass es ein Bundesheer gab — genau dieselbe Reaktion stellte sich zwölf Jahre später, im August 1968, wieder ein, als die zur Sicherung der Grenze gegen die CSSR eingesetzten Soldaten überall stürmisch begrüsst wurden: Plötzlich rief man nach dem so oft geschmähten Bundesheer, forderte seinen Ausbau und seine Verstärkung. Kaum war die Krise in unserem nördlichen Nachbarland «bereinigt», dachten die Österreicher nicht mehr an Ausbau und Verstärkung des Heeres, ja, eine kleine Gruppe forderte kaum ein Jahr später sogar die Auflösung des Bundesheeres.

Man darf diese Schwankungen nicht so tragisch nehmen; unsere Landsleute — und vor allem die Bewohner der Bundeshauptstadt — neigen mitunter gern zu Übertreibungen. Dennoch dürfte der Ausspruch eines hohen Offiziers der Wirklichkeit sehr nahe kommen, als er meinte: «Das Bundesheer ist in den Augen der Bevölkerung bestenfalls Nothelfer in Katastrophenfällen und kostenloser Arbeitsdienst» (General Leeb: «10 Jahre Bundesheer», ÖMZ 1965, S. 315).

Leute, die sich um das Bundesheer Sorgen machten, gingen daran, Gleichgesinnte zu organisieren und mit Hilfe dieser Organisationen und Institutionen das Volk wachzurütteln. Zunächst wurde 1959 die «Österreichische Offiziersgesellschaft» gegründet. Sie ist nicht nur eine Interessenvertretung der aktiven Offiziere, der Reserveoffiziere und der ehemaligen Offiziere, sondern sie setzt sich in Publikationen und Vorträgen für die Stärkung der Landesverteidigung ein. Einige Jahre später folgte die Gründung der «Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft» mit ähnlichen Aufgaben auf der Ebene der Unteroffiziere. Auch sie dient der Förderung des Wehrgedankens.

Dem Beispiel Schwedens und der Schweiz folgend, wurde 1963 die «Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung» gegründet. Ihre Aufgabe ist es, auf überparteilicher Ebene für eine positive Haltung zur österreichischen Landesverteidigung zu wirken. Durch Diskussionen, Vorträge, Veröffentlichungen und Stellungnahmen will sie die Öffentlichkeit über die Sachfragen der österreichischen Landesverteidigung informieren, die Lösung dieser Fragen anregen und vorbereiten, die staatsbürgerliche politische Diskussion im allgemeinen fördern, um den Willen zum Widerstand gegen Bedrohung der österreichischen Demokratie wecken und stärken. Die Gesellschaft vergibt Förderungspreise für wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Landesverteidigung, sie veranstaltet «Schülerquize» mit Preisverteilung sowie wehrpolitische Seminare an den Universitäten und sie prämiert Dissertationen.

Auch auf publizistischem Gebiet hat sich einiges «Pro Armee» getan: Nachdem bereits 1956 die überparteiliche Soldatenzeitschrift «Der Soldat» gegründet worden war, die sich mit Nachdruck für die Belange des Bundesheers und der Landesverteidigung einsetzt, entstand 1963 die «Österreichische militärische Zeitschrift», eine militärwissenschaftliche Zeitschrift von internationalem Format. Das Bundesministerium für Landesverteidigung gab eine «Bundesheer-Illustrierte» heraus, die inzwischen von «Spind» ersetzt wurde. In den frühen sechziger Jahren schlossen sich dann die Fachjournalisten und andere, an Wehrfragen interessierte Zeitungsleute zum «Club der Wehrpublizisten» zusammen.

Bundesheer pflegt Imagekosmetik

Das Bundesheer selbst blieb auch nicht untätig, um sein «Image» zu verbessern. Man hatte nämlich herausgefunden, dass die Bevölkerung im Grunde gar nicht armeefeindlich, dass sie aber über das Heer zu wenig oder falsch informiert ist. Also startete man eine gross angelegte Informationskampagne mit Publikationen und Vorträgen, mit Filmen, Annoncen und Plakaten. Unter dem Motto «Bereit für Österreich» besuchten Einheiten des Bundesheeres mit Waffen und Gerät zahlreiche Gemeinden, die bisher wenig oder gar keinen Kontakt mit dem Heer gehabt hatten. Die oppositionelle Freiheitliche Partei Österreichs und die SPÖ, die zwar mit der ÖVP eine Koalitionsregierung bildete, aber in Bundesheerangelegenheiten gerne auf der Bremse stand, sprachen von «Prader-Rummel» (Dr. Prader war der damalige Verteidigungsminister) und kritisierten die «Geldverschwendung».

Andere Massnahmen «pro Armee» waren die Beteiligung des Bundesheeres mit Sonderschauen an Messen und Ausstellungen, mit Waffen- und Geäteausstellungen und militärischen Vorführungen auf Volksfesten und ähnlichen Veranstaltungen. Dazu kamen noch verschiedene Seminare für Funktionäre aller Sparten des öffentlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens, Redewettbewerbe, Staatspreise für publizistische Leistungen im Interesse der geistigen Landesverteidigung, die Aktion «Schulen besuchen das Bundesheer» u. a. m. Länder, Gemeinden und Vereine bekundeten ihre Verbundenheit mit dem Bundesheer, indem sie einzelnen Einheiten Standarten widmeten, Firmen übernahmen die Patenschaft über Bataillone. Und nicht zu vergessen die Platzkonzerte der Militärmusikkapellen, die Veranstaltung des «Grossen Zapfenstreichs» in Wien und in den grösseren Städten und die Paraden, bei denen sich das Bundesheer dem Volk präsentierte.

Misserfolge linker Kontra-Aktionen

Diese Aktivität passte den Gegnern des Bundesheeres natürlich nicht, und daher gibt es neben den genannten (und sicherlich vielen kleineren oder grösseren nicht genannten) Pro-Bundesheer-Aktionen eine Reihe von Kontra-Armee-Initiativen. Abgesehen von den Kommunisten, die von Anfang an gegen das Bundesheer Front bezogen hatten, waren es vor allem der Verband sozialistischer Mittelschüler und andere sozialistische Jugendorganisationen am linken Flügel der SPÖ, die offen oder unterschwellig Propaganda gegen die Armee machten. In der Zeitschrift «Trotzdem» wurden die Soldaten und vor allem die Offiziere verächtlich gemacht, wurde der Wehrdienst als Ausbildung zum Morden bezeichnet u. ä. in dieser Preislage. Bei Maiaufmärschen wurde offen die Abschaffung des Bundesheeres geordert. Als in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung 1967 ein Erlass bestimmte,

dass die Wehrmänner während der ersten sechs Monate ihres Grundwehrdienstes nur in Uniform ausgehen durften, löste das scharfe Proteste der «Sozialistischen Jugend» aus. Eine der ersten Massnahmen der Regierung Kreisky war dann ja auch die Abschaffung des Uniformzwangs.
Ende der sechziger Jahre nahmen die Angriffe an Intensität zu, was zum Teil wohl auf den beginnenden Wahlkampf für die Nationalratswahl zurückzuführen sein dürfte. In diese Zeit fällt die Kampagne für ein Anti-Bundesheer-Volksbegehren, bzw. für eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate. Doch zunächst noch einmal zurück in das Jahr 1963:
Damals propagierte der sozialistische Bundesrat Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring seine Idee der totalen Abrüstung Österreichs. Der damalige Aussenminister Dr. Kreisky erklärte, der Plan sei nicht real, solange nicht Österreichs Nachbarn bereit seien, ebenfalls abzurüsten. Auch in der breiten Öffentlichkeit fand der utopische Plan wenig Zustimmung. Die SPÖ distanzierte sich 1964 vom Thirring-Plan, nahm aber gleichzeitig den «Rösch-Plan» in der Parteiführung einstimmig zur Kenntnis. Dieser Vorschlag des damaligen (sozialistischen) Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Otto Rösch, sah sechseinhalb Monate Wehrdienst und drei je 14tägige Waffenübungen im Verlauf von 10 bis 15 Jahren vor. Die SPÖ nahm diese zugkräftige Forderung 1966 in ihr «Programm für Österreich» auf und dürfte damit eine sehr wesentliche Voraussetzung für ihren Wahlsieg vom Jahre 1970 geschaffen haben.
Eine andere Aktion hingegen war ein glatter Misserfolg: Das geplante Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres. Im April 1969 tauchte in der Zeitschrift «Neues Forum» die Idee auf, ein diesbezügliches Volksbegehren einzuleiten. Dr. Daim, ein Publizist und Psychologe, der sich selbst als «progressiven Linkskatholiken» bezeichnet, und Dr. Günther Nenning, der Herausgeber der Zeitschrift und Präsident der Journalistengewerkschaft, hofften damals auf 1 Million Unterschriften — bis zum sang- und klanglosen Untergang der Aktion im Jahre 1971 wurden es rund 35 000! «Als Marschierer für ein solches Volksbegehren, das vor allem auf die dienstunwilligen Jungwähler abzielt, haben sich einträchtig neben sozialistischen Studentengruppen und katholischen Funktionärsgruppen auch Wiener CV-Mitglieder und etliche Kapläne zusammengefunden, Fussvolk der „Neuen Linken", heisst es», schrieb «Die Presse» am 27. Januar 1970. Alle Zeitungen griffen das Thema auf, die meisten waren gegen das Volksbegehren. In vielen Forumsdiskussionen sprach sich die überwiegende Mehrheit für die Beibehaltung des Bundesheeres aus.

Integration oder Desintegration?

Dennoch war die Stimmung für das Bundesheer Ende der sechziger Jahre nicht sehr ermutigend. General Spannocchi, damals Leiter der Landesverteidigungsakademie, schrieb im «Soldat» (Nr. 21/1969) u. a.: «Die Gegenstimmen sind laut, werden beklatscht und mehren sich. Die Fürsprecher hingegen sind selten prominent, wiederholen ewig die „offiziösen" und sichtlich nicht ankommenden Argumente und werden immer leiser.» Und er fasst zusammen: «Der derzeitige Status ist unbefriedigend und verschlechtert sich zusehends. Das Bundesheer desintegriert langsam, aber für uns merkbar aus der Gesellschaft.»
Die Übernahme der Regierung durch die SPÖ im Jahre 1970 brachte keine Besserung; im Gegenteil: Die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate und die Schwierigkeiten der anlaufenden Bundesheerreform bestärkten den Grossteil der Bevölkerung in der Meinung, dass die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres noch geringer geworden und dass ohnedies alles umsonst sei. Bei einer Meinungsumfrage Ende 1970 waren 81% davon überzeugt, dass die Grossmächte im Ernstfall die Neutralität des Landes nicht respektieren würden, nichtsdestoweniger sprachen sich aber 53% gegen eine bessere Ausrüsutng des Bundesheeres aus. Nur 46% traten für eine aktive Verteidigung ein.
Um diesem Negativtrend entgegenzuwirken, bildeten sich auf überparteilicher Basis in einigen Bundesländern Komitees für eine bessere Landesverteidigung, und daraus entwickelte sich 1971 die «Aktion Landesverteidigung». Ihr gehörten katholische und freiheitliche Studentenverbindungen, der Österreichische Kameradschaftsbund, die Offiziers- und die Unteroffiziersgesellschaft, die «Neue europäische Generation», die Aktion Österreich-Europa u. a. Verbände an. Die «Aktion Landesverteidigung» rief alle staatsbewussten Österreicher auf, die massive Forderung nach einer echten, im In- und Ausland respektierten österreichischen Landesverteidigung zu erheben und diese Forderung, falls notwendig, mit einem Volksbegehren durchzusetzen. Den Hauptpunkt stellte das Verlangen nach einer Verankerung der umfassenden Landesverteidigung in der Bundesverfassung dar. (Ein entsprechendes Gesetz ist übrigens vor kurzem verabschiedet worden.) Innerhalb eines Jahres hatte die «Aktion Landesverteidigung» 330 000 Unterschriften für ihr Programm gesammelt und mit diesem Ergebnis das Daim'sche Anti-Bundesheer-Volksbegehren gleich zehnfach überrundet.
Die Bundesheergegner haben deshalb natürlich nicht aufgegeben. Im Sommer 1971 demonstrierten hauptsächlich Linksradikale unter Führung des «Neuen Forums» in Wien und in den Landeshauptstädten gegen Verteidigungsminister Brigadier Lütgendorf und gegen das Bundesheer. Gleichzeitig nahm das Ansehen des Bundesheeres immer mehr ab, was sich u. a. in der rapide sinkenden Zahl der Offiziers- und Unteroffiziersanwärter niederschlug. 1971 meldeten sich so wenig Bewerber, dass drei Jahre später nur 24 Leutnante — bei einem Bedarf von rund 100 — ausgemustert werden konnten.
«In der Bevölkerung macht sich landauf, landab ein Defaitismus breit, der nur jenem zu vergleichen ist, der die Bevölkerung der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach den Blitzkriegen und -siegen des nationalsozialistischen Deutschen Reichs in den Jahren 1939/40/41 beherrschte», schreibt Univ.-Prof. Dr. Felix Ermarcora im «Weissbuch zur Lage der Landesverteidigung», 1973. Zur selben Zeit liess das BMfLV die Meinung der Österreicher über ihr Bundesheer erforschen (der «Schweizer Soldat» berichtete seinerzeit darüber). Es ist nun interessant, das Resümee dieser Umfrage mit dem Ergebnis der jüngsten Meinungsumfrage zu vergleichen, die Ende 1974 durchgeführt wurde.

Ruhiges Wehrklima wäre nötig

Ohne auf Details einzugehen, muss man feststellen, dass sich das Sicherheitsgefühl der Österreicher weiter vermindert hat. Die Bevölkerung hat wenig Vertrauen zum Bundesheer, dass es das Übergreifen von Kriegsereignissen auf österreichisches Gebiet verhindern könnte. Dennoch ist der Trend zugunsten einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben rückläufig. Erfreulicherweise hat sich aber die Gesamtbeurteilung des Bundesheeres in den letzten eineinhalb Jahren verbessert. Auch das Vertrauen in den sinnvollen Einsatz der Geldmittel, die dem Bundesheer zur Verfügung stehen, ist gestiegen. Diese positiven Aspekte sind zum Teil wahrscheinlich ein Erfolg der Inseratenaktion des Verteidigungsministeriums im Spätherbst.
Hingegen werden die Ausbildung der Grundwehrdiener und die Ausbildner immer stärker kritisiert. Da mag der «Fall Wandl» eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Der «Schweizer Soldat» hat in der Folge 11/74 über diesen Fall und über die negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit berichtet. Kurz zur Erinnerung: Im Sommer des Vorjahres war der 18jährige Grundwehrdiener Kurt Wandl bei einer Gefechtsübung, die bei etwa 32 °C durchgeführt wurde, zusammengebrochen. Der Ausbildner, Stabswachtmeister Horst Wallechner, erkannte nicht den Ernst der Situation, er glaubte, Wandl simuliere nur. Als der Soldat dann doch ins nächste Krankenhaus gebracht wurde, konnten sich die dortigen Ärzte nicht über die Diagnose einigen und schickten Wandl mit Verdacht auf Geisteskrankheit (!) weiter in die psychiatrische Klinik nach Wien. Am nächsten Morgen starb Kurt Wandl. Bei der Obduktion wurde Hitzschlag als Todesursache festgestellt.

Dieses tragische Ereignis damals war Wasser auf die Mühlen der «Kontra-Bundesheer»-Agitation, man forderte in diesem Zusammenhang sogar die Auflösung des Bundesheeres. Gegen vier Berufssoldaten wurde Anzeige erstattet. Es wurde ihnen vorgeworfen, die Obsorge für die ihnen unterstellten Soldaten gröblich verletzt zu haben und dadurch den Tod des Präsenzdieners Kurt Wandl herbeigeführt zu haben. Hauptangeklagter in dem Prozess, der nach fünftägiger Dauer erst kürzlich zu Ende gegangen ist, war der 32jährige StWm Wallechner, mit ihm standen ein zweiter Unteroffizier und zwei Offiziere vor dem Richter. Das Urteil: Wallechner und zwei Mitangeklagte wurden freigesprochen, den Tod von Kurt Wandl herbeigeführt zu haben, aber wegen Vernachlässigung der Obsorge zu bedingten Strafen von sechs Monaten, vier Monaten und sechs Wochen verurteilt. Der zweite Offizier wurde zur Gänze freigesprochen.
Dieses Gerichtsverfahren gegen Berufssoldaten hat natürlich wieder Emotionen pro und kontra Bundesheer geweckt. Während aber im Vorjahr, unmittelbar nach dem Tode des Soldaten Wandl, die Stimmung gegen das Bundesheer im allgemeinen und gegen die Ausbildner im besonderen fast von der gesamten Presse kräftig angeheizt wurde, haben sich nun die negativen Stimmen und Reaktionen durchaus in Grenzen gehalten.
Überhaupt ist das Klima rund um das Bundesheer in letzter Zeit ruhiger geworden. Man hört weder etwas von der «Aktion Landesverteidigung» noch von den Gegenspielern um Daim und Nenning. Dem Bundesheer mag diese Entwicklung nicht ungelegen kommen; Verteidigungsminister Lütgendorf hat ja nicht nur einmal gefordert, man solle doch das Heer seine Reform in Ruhe durchführen lassen. Es stellt sich dabei aber die Frage, ob die momentane Ruhe Ausdruck des fehlenden Interesses am Heer oder der Zufriedenheit mit dem Heer ist. Man möchte wünschen, dass letzteres der Fall ist. *J-n.*

Der kleine Ideologe

Werner Muster, Schüpfen

Wir sitzen im Zug nach Bern. Auf der andern Seite des Abteils erregt ein «moderner» Gymeler die Aufmerksamkeit der Passagiere. Um «in» zu sein, trägt er verschlissenes, 30mal geflicktes Jeans-Zeug, und seine strähnige Mähne lässt darauf schliessen, dass sich darin ein ganzes Kollektiv von Kleinlebewesen wohl fühlt. Ein Kollektiv ist auch sonst sichtbar dieses Gymelers Ideal. Nun, aus diesem Grund allein müsste der Jüngling noch nicht auffallen, denn Originale gibt's ja auch bei ältern Jahrgängen, oder?
Aber die gekonnte Volksrede, die er seinen Mitschülern hält, die hat's in sich: Sie zeigt ein derart überdosiertes Selbstbewusstsein und eine unterdosierte Fähigkeit zur Selbstkritik, dass sämtliche unfreiwilligen Zuhörer nur noch staunen! Er plappert und plappert, doziert und plagiert, schneidet auf und andern die Ehre ab und sonnt sich im Bewusstsein, einmal im Mittelpunkt zu stehen. Da schimpft er über die Regierung, die autoritären Alten und die lethargischen Jungen, das Establishment als Ganzes, den Rektor, die Lehrer, und ganz besonders schimpft er übers Militär. Dabei rühmt er sich, wie er kürzlich, bevor er sich fürs Militär stellen musste, an einer Vororientierung sämtliche Höhern «fertig gemacht» hat. Für jedes Argument dafür hatte er drei Gegenargumente, auf jede Frage eine präparierte Antwort, jeder bestaunte seine Weisheit. Immerhin räumte er den «Militärköpfen» ein, dass der eine oder andere auch nicht um eine Entgegnung verlegen war. Dies beweise aber nur, dass die Reaktion nicht schlafe und ihre Sprecher mit faulen Scheinargumenten füttere, durch welche sich aber ein Typ wie er doch nicht beeindrucken lasse . . .
Seine Mitschüler sitzen ihm sprachlos gegenüber, hängen voll Staunen an seinen Lippen und bringen vor ehrlicher Bewunderung ihr Maul nicht mehr zu. Obschon auch sie kaum etwas begreifen von dem modernen Agitations-Chinesisch, versagen sie der überlegenen Gymeler-Führernatur die Gefolgschaft nicht, solange er die konfusen Theorien selbst zu glauben scheint. Interessant ist die Reaktion der Mitpassagiere. Sie schwankt zwischen distinguierter Zurückhaltung, unverhohlenem Staunen, spöttischem Belächeln, tolerantem Grinsen und kaum versteckter Empörung. Aber man lässt ihn weiterquatschen. Sichtbar ist da ein Gefäss am Überlaufen, und wenn man nun den Deckel zuschrauben würde, müsste es wohl explodieren.
Mir gegenüber sitzt ein weisshaariger Herr, der wohl ein pensionierter Pfarrer oder Lehrer sein mag. Er hat schon einige Distanz zu den Dingen, und aus ihm spricht die Weisheit und Toleranz eines erfahrenen Menschen. «Schauen Sie», so sprach er, «das Phänomen dieses Jünglings ist ganz einfach zu erklären. Was passiert, wenn wir uns an etwas Schwerverdaulichem überessen haben, sei es nun Majonnaise oder ein Fondue? Unser Verdauungsapparat verweigert seinen Dienst und wir müssen alles erbrechen. Einen genau gleichen Vorgang erleben wir bei diesem Jüngling. Man hat ihn mehrere Male zu progressiven Versammlungen mitgeschleppt, wo er unaufhörlich mit unverdaulichem, einseitigem Mao-Eintopfparteichinesisch vollgestopft wurde. Sein Geist reagiert nun genau gleich wie der Verdauungsapparat, und es ist ein gutes Zeichen für ihn, dass er den roten Käse zum grössten Teil nicht verdaut hat. Nun ist er das Zeug ja wieder los, oder?»